

ZEITUNG GEGEN Totschlagargumente

FÜR DIE ENTMILITARISIERUNG DER SCHULE

Sonderausgabe des blatt - radikaldemokratische Zeitung der JungdemokratInnen / Junge Linke Berlin & Brandenburg

Die meisten haben sie schon einmal gesehen:

Die adrett gekleideten Herren in Uniform, die mit allen Mitteln versuchen, uns die Sinnhaftigkeit der Bundeswehr zu erläutern.

Ob mit hübschen Schaubildern, verlockenden Klassenfahrten in die Kaserne oder den sogenannten POL&IS-Strategiespielen - die Linie ist klar: Wenn Bundeswehrsoldaten in aller Welt für „Humanität“ und „Freiheit“ kämpfen, muss auch der einfache Schüler strammstehen.

Wenn Bundeswehrsoldaten wieder stolz im Ausland Uniform tragen, muss auch an der „Heimatfront“ Ruhe herrschen.

Und wenn SchülerInnen nicht einsehen wollen, dass Soldaten eigentlich schon immer nur den Frieden wollten und dass die eigentliche Aufgabe der Bundeswehr in der Bekämpfung von Hochwasser liegt, dann kommt der Presse- und Informationsstab von Kriegsminister Scharping zum Einsatz.



■ Soldatenleben - Ich bin nichts, ich kann nichts, gebt mir eine Uniform!

■ Gehirnwäsche in Uniform - die Arbeit von Jugendoffizieren

■ Argumente gegen Jugendoffiziere

■ eine ganz normale Armee ... - Bundeswehr zitiert

■ Rechtsextreme bei der Bundeswehr? - Zur Traditionspflege bei der Bundeswehr

■ In einer Woche die Welt ordnen - so wie sie schon immer war - POL&IS

■ Materialien gegen Militarismus

■ Jagt die Bundeswehr aus den Schulen!

Ich bin nichts, ich kann nichts - gebt mir eine Uniform!

Die ersten Tage

Es war natürlich ein komisches Gefühl, als ich nach stundenlanger Zug- und Busfahrt in der Luftwaffenbildungs-kaserne in Roth bei Nürnberg ankam. Es ist die Regel, dass jeder Wehrpflichtige erst einmal so weit wie möglich von zu Hause weg kommt, das erleichtert die Erziehung zum Soldaten. Den Grundwehrdienst als Soldat sah ich zu diesem Zeitpunkt immer noch als das kleinere Übel an, denn die Zeitersparnis des kürzeren Wehrdienstes war und ist nicht nur für mich ein verlockendes Argument. Die ohnehin geringe Neugier, etwas Neues zu erleben, endlich ein „Mann“ zu werden und einen sinnvollen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, wie es von den Erwachsenen gerne suggeriert wurde, legte sich jedoch beim Betreten der Kaserne. Bei der Wache am Kaserneningang wurden Personalakten und Einberufungsunterlagen überprüft. Ein knapper Satz, „Geradeaus, zweite Straße rechts, ab in die Turnhalle“, wies mich die Richtung. In der Turnhalle empfing ich und eine ganze Menge anderer „Frischlinge“ die zweite Lektion des Soldatenlebens. Müde und hungrig von der langen Fahrt mussten wir uns in einer Reihe aufstellen und ... warten. Nach einer knappen Stunde kam der, auf den gewartet wurde, ein „Vorgesetzter“. Der Herr bezeichnete sich selbst als „Spieß“ und „Mutter der Kompanie“, wir könnten uns mit all unseren Problemen an ihn wenden, und welch wunderbare schnelle Entwicklung, er bezeichnete uns mit schnarrender, lauter und fester Stimme als „Männer“. Ein dringliches Problem wurde von einigen zukünftigen Kameraden auch so gleich angesprochen, sie hatten Hunger und fragten zurückhaltend zivil, ob es denn nicht bald etwas zu essen gäbe. Die Antwort war kurz, prägnant und militärisch: „Essen gibt es, wenn ich es befehle.“ Die erste Woche verbrachten wir mit Wecken um 5 Uhr, Bürokratie, Einkleidung (Uniform und Materialempfang), Zuteilung der Schlafplätze, ärztlicher Einstellungsuntersuchung, Impfungen, Müdigkeit, Hunger und kleinen „Anschissen“ wegen Fehlverhaltens. Als „Frischling“ macht man so ziemlich alles falsch, denn Soldat sein will gelernt sein.

Grundausbildung

In der Grundausbildung erlernt der Rekrut alles, was er als Soldat können muss. Denken gehört nicht dazu, aber funktionieren. Das Prinzip von Befehl und Gehorsam beschreibt dies ziemlich treffend. Ein Vorgesetzter gibt einen Befehl, und der Rekrut hat ihn auszuführen. Vorgesetzte sind alle, die bereits länger Soldat sind und dieses Prinzip verinnerlicht haben. Dann lernt man wie ein Soldat zu gehen - Marschieren im Gleichschritt -, zu stehen -Strammstehen-, zu grüßen und zu sprechen. „Gruß, Meldung, Gruß erspart Ärger und Verdross“. Danach lernt man endlich, wie alle Kleidungsstücke richtig auf DIN A4 gefaltet werden und im Spind zu liegen haben. Man lernt „Betzen bauen“, das bedeutet: ein bezogenes Bett mit Bettzeug geometrisch in Form zu bringen ist, und putzen „bis zum Abwinken“. Man lernt schlafen zu jeder Zeit und in je-



Soldatenleben

der Position, denn nicht immer ist das Bett dort, wo der Soldat ist. Immer wenn der Frischling was nicht kapiert oder falsch gemacht hat, gibt's den „Anschiss“. Macht man alles richtig, gibt es auch mal ein Lob. Die ganze Geschichte dient der Umerziehung vom Zivilisten zum Soldaten durch learning by doing, Zuckerkuchen und Peitsche. Neben der Erfahrung mit der „Gruppendynamik“ zählt die Waffenausbildung wohl zu den einschneidendsten Erlebnissen, die ich durch den Dienst am Vaterland erleben durfte. Die „Gruppendynamik“ ist eines der stärksten Mittel, das bei der Erziehung zum Soldaten eingesetzt wird. Ein Anschiss ist nichts im Vergleich dazu.

Sie wird immer dort eingesetzt, wo ein Rekrut Schwäche oder Renitenz zeigt. Funktioniert ein Rekrut nicht und helfen auch keine Anschisse, wird die Gruppe bestraft. Der Gruppe wird deutlich gemacht, dass sie anstelle des nicht funktionierenden Rekruten bestraft wird. Spätestens jetzt erfährt der Rekrut, was „Kameradschaft“ wirklich bedeutet: Der Zorn der gesamten Gruppe entlädt sich an dem zum Außenseiter gestempelten „Weichling“ oder „Defätisten“. Nicht wenige frei und demokratisch denkende Menschen wurden so gefügige Soldaten. Der Wille zur Selbstständigkeit wird gebrochen, indem man den Gruppenzwang ausnutzt. Und irgendwann lernt man schliefen. Die Ausbildung an der Waffe erfolgt in der Armee mit großer Genauigkeit, Anschisse sind vorprogrammiert. Man lernt theoretisch „Funktion“ und „Wirkung“ des „Geräts“, Zerlegen und Zusammenbauen mit geschlossenen Augen. Zur praktischen Übung geht es dann auf den „Schießstand“ und man schießt zum ersten Mal auf „Pappkameraden“. Ein merkwürdiges Gefühl stellt sich bei den meisten ein, wird aber durch markige Sprüche und dumme Witze der Vorgesetzten unterdrückt.

Im Wald und auf der Wiese folgt dann die „Kampfausbildung“: Einreiben mit Ruß zur „Tarnung“, Bewegen im Gelände in „Gangart 1“, auf dem Boden robben, am besten fünf Zentimeter unter der Grasnarbe, und „Selbst- und Kameradenhilfe“ - Erstversorgung von Brand- und Schusswunden. Hat ein Mann all diese Bewährungen nach sechs bis acht Wochen bestanden, darf er im Kreise der Kameraden und Angehörigen sein „Feierliches Gelöbnis“ ablegen. Man gelobt, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Ein Wehrpflichtiger wird zu diesem Gelöbnis nicht gezwungen, wenn er es aber verweigert, wird er nicht mehr befördert, und eine Beförderung bedeutet Gehaltserhöhung von ursprünglich 13,50 DM pro Tag auf 15,-DM (der aktuelle Sold ist

jetzt ca. eine Mark höher). Wen das nicht für das Gelöbnis motiviert, der kennt zumindest die Gruppendynamik seiner Kameraden.

In der Stammeinheit

Nach der Grundausbildung verbringt der Soldat den Rest seiner Wehrdienstzeit „zur weiteren Verwendung“ in der Stammeinheit. Die wirklich selbstgestellten Hauptaufgaben, denn vernünftige Aufgaben gibt es bei der Armee nicht, bestehen aus „Abseilen“ und „Organisieren“. „Abseilen“ bedeutet, dass jeder versucht, den Zwangsdiens so gemühtlich wie möglich hinter sich zu bringen. Die wirklich wichtigen Aufgaben in unserer Armee bestehen nämlich aus Putzen und Saubermachen. Man lernt, wie man Zeit totschlägt und trinkfest wird. Also tut jeder so, als ob er viel zu tun hätte und dabei schwitzen würde. „Organisieren“ bedeutet, dass jeder versucht, seinen Sold von DM 400 - 500 aufzubessern. Sanitäter tauschen Salben gegen Kaffee in der Küche, Köche tauschen zentnerweise Gehacktes gegen Socken, Stiefel und Unterwäsche im Materiallager. Natürlich alles für das zukünftig wieder zivile Leben. Denn wer will schon ewig Soldat bleiben und stumpf auf der Stelle treten bis zur nächsten turnusmäßigen Beförderung.

Moral von der Geschichte

Die Schule der Nation hat mich einiges gelehrt. Keine staatliche Institution ist so überflüssig wie die Bundeswehr. Ihre eigentliche Aufgabe ist die Vernichtung von Zivilisation und Leben. Der Wehrdienst stiehlt jedem jungen Mann einen großen Teil seiner Jugend, nämlich fast ein Jahr, nur um ihm gehorchen und töten beizubringen. Also weg mit dem Quatsch!

Michael Behrendt

Der Autor hat vor der Kriegsdienstverweigerung seinen Grundwehrdienst bei der Bundeswehr abgeleistet. Er ist jetzt aktiv bei der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste & Militär

Der Ausspruch, dass die Bundeswehr die Schule der Nation sei, ist mittlerweile zum geflügelten Wort geworden. Und doch hat die „Schule der Nation“ viele Gemeinsamkeiten mit der anderen Schule, so wird z.B. in der einen über die andere informiert. Für die Bundeswehr arbeiten in den Schulen die sogenannten Jugendoffiziere. Im Informations- und Pressestab des Verteidigungsministeriums werden die Einsätze der Jugendoffiziere in Schulen ebenso geplant wie die wehrpolitischen Seminare für LehrerInnen und die Zusammenarbeit mit den Bildungs- oder Kultusbehörden.

Die Aufgaben der Jugendoffiziere sind dabei klar definiert: Die SchülerInnen sollen Bundeswehr und Wehrpflicht akzeptieren und befürworten. Imageverluste der Bundeswehr, z.B. durch unzählige „rechtsradikale Einzelfälle“ oder Rüstungsprojekte wie den Eurofighter, dürfen aus Sicht der Bundeswehrstrategen nicht zur generellen Ablehnung militärischer Strukturen führen. Die Jugendoffiziere sind Werbestrategen und Werbeträger in einem. Offiziell sollen sie zwar nur informieren – das Wort „Propaganda“ wird wohl jedem Jugendoffizier die Zornesröte ins Gesicht treiben – aber nichts anderes ist ihre Aufgabe. So wird durch verschönernde Darstellung der Dienst beim Bund angepriesen, mit Bedrohungsszenarien und konstruierten Feindbildern wird die Notwendigkeit einer Verteidigungsarmee suggeriert, und durch das Heranziehen sämtlicher militärischer Konflikte der Welt wird die deutsche Pflicht zu „friedensschaffenden Maßnahmen“ erläutert. Aber die Jugendoffiziere erfüllen noch einen anderen Zweck: Durch ihr Auftreten in Uniform soll die Schule schrittweise militarisiert werden, damit sich Jugendliche bereits frühzeitig an das Bild von Soldaten gewöhnen. Mit dem gleichen Ziel versucht die Bundeswehr durch Paraden und Gelöbnisse den öffentlichen Raum zu erobern.

Aber ganz neu ist diese Idee nicht: Wehrsportübungen und Wehrkunde waren nicht nur im Nationalsozialismus, sondern auch in der DDR fester Bestandteil der schulischen Ausbildung. Grenzte man sich während des Kalten Krieges zumindest rhetorisch noch von der vormilitärischen Erziehung in den östlichen Nachbarstaaten ab, konnte nach der Wende die Bundeswehr wieder zum Generalangriff auf die Schulen blasen. Schon in den 70er Jahren formulierte das baden-württembergische Kultusministerium das militärische Erziehungsziel: Die Pflicht der Schule sei es, „die Aufgaben der Bundeswehr so verständlich zu machen, dass sie vom Schüler als notwendig anerkannt werden können.“ Die Werbe- und Informationsstätigkeit wird von einer besonders ausgewählten „Kader-Truppe“, der etwa 2.500

Gehirnwäsche in Uniform

Über die Arbeit von Jugendoffizieren der Bundeswehr



haupt- und nebenamtliche Jugendoffiziere angehören, getragen. Wer Jugendoffizier werden will, muss nicht nur über die richtige Gesinnung verfügen, sondern erhält auch noch eine spezielle Schulung. In den Lehrgängen werden die angehenden Jugendoffiziere nicht nur auf die inhaltlichen Diskussionen mit kritischen SchülerInnen vorbereitet, sondern vor allem rhetorisch geschult. In seiner Ausbildung lernt der Jugendoffizier, dass er sich immer als „gebildeter“, „demokratischer“, „kritischer“ Soldat zu geben hat. Nach dem Motto „Kleine Fehler zugeben um die großen zu vertuschen“ soll er um Vertrauen werben. Und auch kritische Einwände darf der Jugendoffizier niemals abwürgen, sondern er muss sich allen Argumenten aufgeschlossen zeigen, um sie dann um so massiver zu widerlegen. Mit unterschiedlichen rhetorischen Schleißen appelliert er an die Verantwortung der SchülerInnen für das Allgemeinwohl und stellt den Dienst bei der Bundeswehr als wertvolle Erfahrung dar. Nie werden dem Jugendoffizier die Worte „Kriegsdienst“ oder

„Kadavergehorsam“ über die Lippen kommen. Viel beliebter sind hingegen Schönsprech-Formulierungen, an denen George Orwell seine Freude hätte: „Friedensdienst“, „humanitäre Aufgaben“, „Bürger in Uniform“ etc.

Der Einflussbereich der Jugendoffiziere kann sich sehen lassen: Etwa 300.000 Jugendliche nehmen jährlich an Bundeswehrveranstaltungen in Schulen, Kasernenfahrten oder speziellen Seminaren teil. Wobei die Jugendoffiziere davon abgerückt sind, sich in Podiumsdiskussionen kritischen Nachfragen zu stellen. Statt kritischem Gespräch wird auf den „emotionalen Zugang“ durch Erlebnisformen gesetzt. So sollen z.B. durch Kasernenbesuche Militär und Disziplin zu etwas Alltäglichem und Normalen werden. Persönliche Kontakte mit „einfachen Soldaten“ und die Faszination der Technik werden als erfolgreiche Strategien angesehen, um SchülerInnen zu manipulieren. Aber was so zufällig aussieht, ist langfristig geplant. So wurden Jugendoffiziere beispielsweise aufgefördert zu Schulbesuchen möglichst

ehemalige Schüler dieser Schule, die gerade ihren Wehrdienst ableisten, mitzunehmen, da so die Glaubwürdigkeit erhöht werden könne. Aber nicht immer ist der Einfluss der Armee auf die Gestaltung des Unterrichts so offensichtlich. Jugendoffiziere beteiligen sich auch an der Erstellung von Unterrichtsmaterialien, die entweder in die normalen Schulbücher einfließen oder als aktuelle Informationen zur Sicherheitspolitik als Bundeswehrmaterialien erkennbar sind. Die notorischen Finanzprobleme der bundesdeutschen Schulen tun ihr Übriges, dass die Broschüren und Filme der Bundeswehr in den Unterricht einfließen. LehrerInnen und DirektorInnen können an kostenlosen Fortbildungskursen zum Thema Sicherheitspolitik teilnehmen, in denen ihnen von Offizieren nicht nur die Aufgaben der Bundeswehr vermittelt werden, sondern nebenbei auch noch die Sinnhaftigkeit der Besuche von Jugendoffizieren in Schulklassen erläutert wird. Und natürlich sind Jugendoffiziere auch zur Stelle, wenn die neuen Rahmenpläne im Schulsenat oder den Kultusministerien erarbeitet werden. Mit speziellen Angeboten für SchülerInnenzeitungen konnten die Jugendoffiziere in den letzten Jahren auch einige Erfolge erzielen. Das Prinzip ist einfach: Man lädt einige junge ZeitungsredakteurInnen ins Verteidigungsministerium ein und lässt sie etwas „recherchieren“. Und da es vielen SchülerInnenzeitungen an Themen mangelt, werden die Berichte über diese Fahrten in den meisten Zeitungen dann auch abgedruckt. Ziel erreicht. Die grundsätzliche Frage, ob das Auftreten von Jugendoffizieren mit den demokratischen und emanzipatorischen Bildungsidealen vereinbar ist, bleibt offen. Die Schule soll offiziell alle relevanten gesellschaftlichen Positionen in gleicher Weise berücksichtigen. Der Jugendoffizier, der die Kriegsdienstverweigerung nur am Rande erwähnt, kann und will das nicht leisten. „Politische Bildung soll daher in der Bundeswehr einen Beitrag zur Erziehung kritischer, selbstbewusster und verantwortungsvoller Soldaten leisten“, so das angelegte Erziehungsziel der Bundeswehr. Dieser Anspruch ist weder bei der Bundeswehr noch in der Schule verwirklicht. Militär kann nicht demokratisch sein und kritische Soldaten können gar nicht so schnell ihre Kritik aussprechen wie sie in der Arrestzelle landen. Wir wollen hingegen eine Schule, die zum kritischen Denken anregt und nicht Ort propagandistischen Trommelfeuers der Militärs ist. SchülerInnen sollen sich ihrer eigenen Interessen bewusst sein und nicht vermeintlich übergeordneten Anliegen oder einem imaginären Allgemeinwohl blind folgen.

Carsten Dannert

„Die Bundeswehr ist eine demokratische Armee“ sagt der Jugendoffizier.

Die „Innere Führung“ steht allgemein für das Konzept einer „demokratischen“ Wehrverfassung, die das Wiederableiten faschistischer und undemokratischer Tendenzen innerhalb der Armee verhindern soll. Das war der Versuch, trotz der negativen Erfahrungen mit der Reichswehr und der Wehrmacht eine Armee in einen demokratischen Staat zu integrieren. Bei näherer Betrachtung stellt sich dieses Konzept von Graf Baudissin jedoch als leere Hülle dar: Aufgrund ihrer Funktion und der Geschlossenheit ihres Aufbaus stellen Armeen in jedem politischen System einen Machtfaktor dar, den ein Parlament niemals kontrollieren kann. Aber auch intern muss eine Armee entsprechend autoritär organisiert sein.

Auch in der Bundeswehr werden bestimmte Grundrechte verweigert oder eingeschränkt, so z.B. das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit oder das gemeinsame Petitionsrecht. In der Armeesollen junge Männer zu gehorsamen Befehlspempfängern werden (nach offiziellem Sprachgebrauch: „Staatsbürger in Uniform“). Die Armee wird so zur „Schule der Nation“, in der selbständiges Denken und Eigenverantwortung verhindert werden sollen. Wenn jedoch eine Armee niemals demokratisch sein kann, dann stellt sich die Frage, ob angeblich „militärische Gesichtspunkte“ Vorrang haben dürfen vor den garantierten Freiheitsrechten in einer demokratischen Gesellschaft.

„Jedes Land braucht eine Armee“ sagt der Jugendoffizier.

Angeblich werden Armeen von jedem Land benötigt um sich vor bösen Nachbarn zu schützen, die auf die Idee kommen könnten das Land zu besetzen und womöglich sogar die dortige Demokratie zu beseitigen. So legitimierte die Bundeswehr bis zur Wende ihre Existenz mit der ständigen „Gefahr aus dem Osten“, mit der angeblich jede Minute gerechnet werden musste.

Nun, da diese Legitimation entfallen ist, wird das Argument der Landesverteidigung zwar immer noch hochgehalten, aber ohne Erklärung, von welchem Land eine solche Bedrohung ausgehen könnte. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland von BündnispartnerInnen umgeben ist, ist der Fall, dass die Bundeswehr Deutschlands vor einem blutrünstigen Besatzer beschützen müsste, tatsächlich vollständig auszuschließen. Und dass es die Bundeswehr nur deshalb geben soll, weil die anderen eben auch so was haben, erscheint nun wirklich nicht einleuchtend. Irgendwo muss ja schließlich mit der Entmilitarisierung begonnen werden.

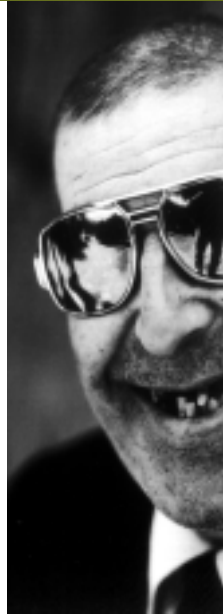
Obwohl es angeblich normal ist, dass jedes Land eine Armee besitzt, wurde während des Wiederaufbaus der Bundeswehr nicht beachtet, dass eine Emnid-Befragung von 1950 in der Hochphase der Wiederbewaffnungsdebatte ergab, dass sich 75 Prozent der Bevölkerung gegen die Einführung der Bundeswehr aussprachen. Fast alle Jugendgruppen und -zeitungen protestierten ebenso wie Kirchen, Gewerkschaften und die linken Parteien gegen die Einführung von Bundeswehr und Wehrpflicht. Unter dem Motto „Ohne uns!“ machte die Mehrheit der Jugendlichen deutlich, dass sie sich

Argumente gegen Jugendoffiziere

nicht erneut an einem Krieg beteiligen oder ihn unterstützen werden. Doch mit Verboten von Friedensorganisationen und mit harten Strafen für FriedensaktivistInnen konnte die Bundesregierung die Wiederbewaffnung dennoch durchsetzen. Gerade nach dem Ende des Ost/West-Konfliktes gibt es nun erstmalig die Chance zur Abschaffung der Bundeswehr. Das Grundgesetz eröffnet nur die Möglichkeit, dass es eine Armee und die Wehrpflicht geben kann. Mit einfacher Mehrheit kann der Bundestag über die Abschaffung der Streitkräfte sowie über die Wehrpflicht entscheiden. Angesichts der undemokratischen Strukturen der Bundeswehr, militärischer Großmachtinteressen der Bundesrepublik und eines riesigen Verteidigungshaushaltes (ca. 50 Milliarden DM jährlich) ist die Abschaffung der Bundeswehr dringender nötig als je zuvor.

„Die Bundeswehr schützt die Menschenrechte“ sagt der Jugendoffizier.

Wer wie die Bundeswehr umgebaut wird zu einer internationalen Interventionsarmee, die die „vitalen Interessen Deutschlands“, d.h. den freien und ungehinderten Zugang zu den Rohstoffquellen überall auf dieser Welt und den freien Welthandel sichern soll („Verteidigungspolitische Richtlinien“), dessen Interesse ist nicht der Schutz von Menschenrechten sondern von machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen. In der Bundesrepublik werden Kriegstechnik und Waffen produziert und exportiert, die an vielen Orten dieser Welt dabei helfen, Menschenrechte brutal zu verletzen.



Auch jede militärische Auseinandersetzung stellt eine massenhafte Menschenrechtsverletzung dar. Armeen, egal unter welcher Hoheit, sind weder kompetent noch in der Lage, die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren - sie können sie in seltenen Fällen vielleicht durch militärische Gewalt erzwingen, verletzen sie dabei aber von neuem.

„Konflikte lassen sich nur militärisch lösen“ sagt der Jugendoffizier.

Politische Konflikte, egal ob zwischen Staaten, Parteien oder Interessengruppen, entstehen zumeist dann, wenn es um Macht, Einflussnahme, Interessenwahrung und -sicherung geht. Fast immer schreien Verantwortliche und Medien erst dann laut auf, wenn Konflikte sich bereits so verschärft haben, dass keine politische Klärung und Beilegung des Konfliktes mehr möglich scheint. Dann wird in der Regel der Einsatz der Militärs als einzige verbleibende Option gefordert. Konflikte lassen sich mit militärischer Gewalt möglicherweise beenden - lösen lassen sie sich mit gewaltsamen Mitteln jedoch nie. Immer bleiben militärische Sieger und Besiegte am Ende dieser Auseinandersetzung. Der eigentliche Konfliktgegenstand - das, was ihn ausgelöst hat - bleibt bestehen und bildet den Grund neuer Konfrontation. Häufig eskalieren Konflikte gerade wegen des militärischen Eingreifens, auch unter der Flagge der UNO oder mit ihrer Genehmigung, und neue Auseinandersetzungen provozieren noch mehr Einsatz von Gewaltmitteln. Statt dessen ist es die Aufgabe der Politik, tatsächlich alle zivilen, diplomatischen Möglichkeiten in den frühen Eskalationsstufen eines Konfliktes auszuschöpfen: Konflikte müssen früh erkannt und analysiert werden. Embargos müssen humanitäre Gesichtspunkte berücksichtigen und konsequent durchgesetzt werden. Und es müssen politische und wirtschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden, die die gewaltfreie Austragung und Lösung der Konflikte möglich machen.

„Die Wehrpflicht demokratisiert die Armee“ sagt der Jugendoffizier.

Auch von kritischer Seite kommt häufig der Einwand, dass erst die Wehrpflicht eine gesellschaftliche Kontrolle der Streitkräfte garantiere. Dabei wird übersehen, dass die Bundeswehr bereits seit Jahren eine Freiwilligenarmee mit Wehrpflichtigenanhang ist. Nur vier von zehn Soldaten sind Wehrpflichtige. Gerade in den für weltweite Interventionen vorgesehenen „Krisenreaktionskräften“ sind ausschließlich freiwillige, länger dienende Soldaten rekrutiert. Ein Spiegelbild der Gesellschaft sind die Streitkräfte ohnehin nicht. Wehrpflichtige mit militärischer Einstellung oder Abiturienten verweigern ohnehin mehrheitlich den Kriegsdienst mit der Waffe.

Mit der Wehrpflicht wird nicht die Armee demokratisiert, sondern die Gesellschaft wird militarisiert. Der Soldat wird in ein hierarchisch strukturiertes Militärsystem eingepasst und auf das Ausführen von Befehlen sowie die Bereitschaft zum Töten dressiert. Der Wehrpflichtige wird zum bloßen Objekt militärischer Erfordernisse. Andere Staaten sind in dieser Frage schon wesentlich weiter: In Großbritannien, Kanada und den USA wurde die Wehrpflicht bereits zu Zeiten des Kalten Krieges abgeschafft. Nach 1990 folgten Belgien und die Niederlande, und auch in Frankreich und Spanien sind entsprechende Entscheidungen getroffen worden. Es ist Zeit für eine Bundesrepublik ohne Armee und Wehrpflicht.

„Die Armee wird bei Katastrophen gebraucht“ sagt der Jugendoffizier.

Die Bundeswehr ist keine Katastrophenschutzorganisation. Solche Organisationen und Einrichtungen gibt es, und diese sind speziell ausgebildet und auch ausgerüstet. Im Unterschied zu diesen stehen der Bundeswehr - wie Armeen überhaupt - nur eine große Anzahl dienstverpflichteter junger Männer und die Mittel militärischer Gewalt zur Verfügung: Waffen und Kriegstechnik, die aber bei der Bekämpfung von Hochwasser und anderen Naturkatastrophen reichlich ungeeignet sind. Zivile Helferinnen und Helfer erfüllen in diesen Situationen die Aufgaben mindestens ebenso wie solche, die Bundeswehruniformen tragen und unter militärischem Kommando stehen.

Sinnvoll wäre sehr wohl die verbesserte technische und personelle Ausstattung von zivilen Katastrophenschutzeinrichtungen. Und es soll nicht vergessen werden: (Natur)Katastrophen sind in den meisten Fällen durch Menschen verursacht. Sie können und müssen bereits im Vorfeld verhindert werden. Aber Prävention im Natur- und Klimaschutz kostet Geld...

Materialien gegen Militarismus:

Plakate - 0,50 EUR:

„Kriegsdienst - Ohne mich!“
„Gelöbnix - Wir stören gern!“

Aufkleber und Spuckis - kostenlos:

„Kriegsdienst - Ohne mich!“
„Zwangsdienste verweigern!“

Plakat & Zeitung - kostenlos:

„Soldaten sind Mörder!“

Zeitungen - kostenlos:

blatt: „Gegen Zwangsdienste und Militär“
tendenz: „Gelöbnix - Wir stören gern.“
tendenz: „Rüstungsexporte und Menschenrechte“

Flugblätter:

kostenlos zu verschiedenen aktuellen Themen

Faltblatt - kostenlos:

„Tipps für Kriegsdienstverweigerer“

Broschüren:

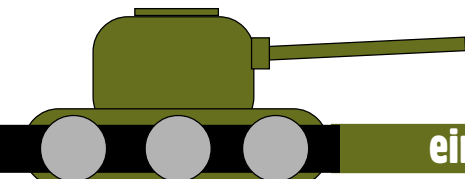
„Gelöbnix - Wir stören gern.“ 0,50 EUR
„Gegen die Militarisierung der Schule“ 1 EUR
„Wehrpflicht abschaffen!“ 1,50 EUR
„Gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik“ 1,50 EUR

Bestellen bei:

JungdemokratInnen/Junge Linke
Rosa-Luxemburg-Str. 19
10178 Berlin

Fon: (030) 24 72 97 47
Fax: (030) 23 45 96 26

e-mail: info@jungdemokraten.de
www.jungdemokraten.de



Zitate aus den Berichten, die die Wehrbeauftragten des Bundestages in den letzten Jahren veröffentlicht haben (nachlesen unter: <http://www.bundestag.de/gremien/145/>).

„Anlässlich eines nächtlichen Gefechtschießens schossen zwei Rekruten aus einer Warteposition heraus irrtümlich mit Schnellfeuerwaffen auf Kameraden, die sich noch auf der Schießbahn aufhielten. Hierdurch kam ein Grundwehrdienstleistender zu Tode, während ein begleitender Zeitsoldat am Arm und am Bein getroffen wurde.“

„Ein erheblich angetrunkenen Gefreiter zwang mit zahlreichen Faustschlä-

gen in den Gesichts- und Bauchbereich sowie durch Würgegriffe am Hals einen anderen Grundwehrdienstleistenden dazu, ein Glas mit einem undefinierbaren Alkoholgemisch auszutrinken, drückte ihm anschließend eine glühende Zigarette auf dem Handrücken aus und drohte, ihm im Falle einer Meldung umzubringen.“

„Zwei Grundwehrdienstleistende, die im Verdacht standen, im Unterkunftsbereich eine rechtsradikale Parole gerufen zu haben, überfielen im angetrunkenen Zustand nachts einen schlafenden Kameraden. Dieser hatte sie bei Ermittlungen des Kompaniechefs in einer anderen Sache durch

eine ganz normale Armee ...

seine Aussage belastet. Einer der Beteiligten hielt den Soldaten fest, beide schlugen ihm gemeinsam mindestens vierzigmal mit den Fäusten ins Gesicht. Einer trat ihm zusätzlich noch mit dem beschuhten Fuß an den Kopf. Ziel war es, den Soldaten dazu zu bringen, dass er seine belastende Aussage zurücknehme. Der Geschädigte erlitt einen Nasenbeinbruch, Prellungen und Hämatome im Gesichtsbereich.“

„Ein Stabsunteroffizier drang gegen 01.00 Uhr nachts nach Alkoholkonsum vernummt mit sechs Mannschaftsdienstgraden in die Stube eines schlafenden Hauptgefreiten ein, um ihm einen „Denkzettel zu verpassen“. Der

Betroffene wurde an das Bett gefesselt und durch Schläge und Tritte am Körper und im Gesicht verletzt. Als ein weiterer Soldat durch den Lärm erwachte, schüchtern ihn der Vorgesetzte mit den Worten ein, „Das was hier passiert ist, vergessen Sie ganz schnell.““

Ein Hilfsausbilder befahl „wiederholt mehreren Rekruten, einen Hund oder einen Wolf nachzuahmen. Als einer der Soldaten sich weigerte, schlug der Hilfsausbilder dem Schützling mit einem Holzstock auf den Oberschenkel. Eine Viertelstunde



später richtete er mit den Worten „wenn Sie Glück haben, ist das Gewehr jetzt nicht geladen“ eine Waffe auf einen anderen Rekruten und betätigte den Abzug.“

„Ein Hauptfeldwebel, der mit einem Dienst-Kfz in Richtung des Antriebsplatzes einer Kaserne fuhr, wurde von einem Grundwehrdienstleistenden, der mit Armbinde und Winkerkelle als Absperrposten ge-

ennzeichnet war, angehalten und darauf hingewiesen, dass eine Durchfahrt bis zum Ende eines stattfindenden feierlichen Gelöbnisses nicht gestattet sei. Nachdem der Befehl, keine Durchfahrt zu gewähren, auch durch den Absperrführer, einen Unteroffizier, für den Hauptfeldwebel hörbar über Funk wiederholt worden war, rief dieser dem Posten zu: „Geh zur Seite, sonst fahre ich dich um!“ Als der Soldat sich daraufhin mit erhobener Winkerkelle vor das Dienst-Kfz stellte, gab der Hauptfeldwebel Gas und verletzte den Posten an Fuß und Schulter.“

„Nachdem ihm sein Stellvertreter, ein Oberfeldwebel, einen Streich gespielt hatte, begab sich der Leutnant mit diesem in ein angrenzendes Wäldchen und befahl ihm, niederzuknien. Dann

hielt er ihm eine Pistole P1 an den Kopf und warf ihm danach eine Schlinge um den Hals. Dabei äußerte er: „Das hat man früher mit Verrätern und Saboteuren gemacht!“

„Am 17. März 1997 griffen fünf uniformierte Soldaten in der Detmolder Innenstadt wahllos einen Italiener, zwei Türken und einen Amerikaner mit Messern und Baseballschlägern an, um sich für eine vorausgegangene verbale Auseinandersetzung mit anderen ausländischen Jugendlichen zu rächen.“

„Ein Hauptfeldwebel äußerte gegenüber einem Stabsunteroffizier: „Die Schlinge liegt schon um ihren Hals, wir suchen nur noch einen Ast, um Sie aufzuhängen“. Während eines Wutausbruchs im Zugführerzimmer schrie derselbe Hauptfeldwebel mehrere Un-

teroffiziere an: „Euch ... müsste man alle erschießen. Man muss hier ein Gebäude aus Angst und Schrecken errichten“. Trotz weiterer Pflichtverletzungen hat der Bataillonkommandeur von einer disziplinarischen Ahndung dieses Fehlverhaltens abgesehen.“

Rechtsextreme in der Bundeswehr?

Zur Traditionspflege bei der Bundeswehr

Immer wieder mal hören wir von rechtsextremistischen Vorfällen bei der Bundeswehr. Mal wird der Hitlergruß wiederingeführt, dann prügeln Bundeswehrangehörige AusländerInnen durch irgendeine Stadt in Deutschland oder eine faschistische "Wehrsportgruppe" übt auf einem Bundeswehrübungsplatz unter Anleitung eines Bundeswehrosoldaten den Kampf für ein Viertes Reich; kürzlich wurde bekannt, dass ein schon wegen eines anderen rechten Vorfalles vorbestrafter Oberfeldwebel der Bundeswehr versucht hatte, die Homepage www.heil-hitler.de anzumelden. Dann tritt der Bundesverteidigungsminister vor die Presse und erklärt, es handle sich um bedauerliche Einzelfälle, die Täter seien erst kurze Zeit bei der Bundeswehr, schwarze Schafe gäbe es überall, vor allem komme es jetzt darauf an, Ruhe zu bewahren, damit nicht ein schlechtes Licht auf die Bundeswehr insgesamt falle. Denn mit der Bundeswehr habe das alles nur am Rande zu tun. Und dann beruft man sich auf die demokratische Tradition der Bundeswehr, ihre demokratische Struktur und darauf, dass die Wehrpflicht dafür Sorge, den Querschnitt der Bevölkerung in der Bundeswehr abzubilden. Und weil diese Argumentationen auch gerne von Jugendoffizieren vorgetragen werden, wollen wir sie uns einmal genauer ansehen.

Warum eigentlich nicht?

Die Bundeswehr als Querschnitt der Gesellschaft

Weil die Bundeswehr eine Wehrpflichtigenarmee ist, sagt der Jugendoffizier, könne sie auch nicht besser als die Gesellschaft sein, aus der ihre Angehörigen kommen. Nun ist es aber so, dass eine autoritär aufgebaute Organisation wie die Bundeswehr eben eher Leute anzieht, die autoritäre Strukturen gut finden. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass Links- und demokratisch orientierte junge Männer viel seltener zur Bundeswehr gehen, sondern sich stattdessen für den Zivildienst entscheiden oder totalverweigern. Die Bundeswehr ist ein autoritärer Zwangsverein junger Männer. Hier werden alle Ideale gelebt, die in rechtsextremen und konservativen Hirnen herumspuken. Hier werden noch Werte wie Ordnung, Sauberkeit, Disziplin, Pflichterfüllung, Opferbereitschaft und "für sein Land zu

sterben" trainiert. Außerdem ist es besonders für Rechtsextreme attraktiv, sich in Körperertüchtigung und Waffentechnik trainieren zu lassen. Nicht zuletzt das Prinzip von Befehl und Gehorsam steht einer demokratischen Gesinnung entgegen. Je rechter die Einstellungen von jungen Männern sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie zur Bundeswehr gehen. (Besonders gefährlich ist dabei, dass die Ausbildung bei der Bundeswehr in hohem Maße darauf ausgerichtet ist, die Hemmschwelle für Gewaltanwendungen gegen andere Menschen zu senken. Welche Folgen das bei ohnehin rechts eingestellten Menschen haben kann, muss wohl nicht erst erläutert werden.) Dass es bei der Bundeswehr ein Übergewicht von rechts, nationalistisch, rassistisch und antidemokratisch eingestellten Männern gibt, hat Ursachen, die Jugendoffiziere und andere FreundInnen der Bundeswehr nicht wahrhaben wollen. In den nächsten beiden Absätzen soll darauf eingegangen werden.

Die Bundeswehr, eine demokratische Armee

Dass die Bundeswehr eine demokratische Armee sei, hört man immer wieder. Das wird dann meistens an Begriffen wie "Innere Führung" und "Staatsbürger in Uniform" festgemacht. "Innere Führung" ist ein Begriff aus der Remilitarisierungsphase in den 50er Jahren. Er fasst die Bestrebungen zusammen, die dazu dienen sollen, die Soldaten der Bundeswehr zur Verteidigung von "Recht und Freiheit" zu erziehen. Das Konzept der "Innernen Führung" ist aus zwei Gründen widersprüchlich: erstens glaubten auch die Soldaten der Wehrmacht, Recht und Freiheit zu verteidigen und zweitens sind Rechte und Freiheiten gerade für Bundeswehrangehörige extrem beschnitten. "Staatsbürger in Uniform"

bedeutet im Prinzip das gleiche: die Bundeswehrangehörigen würden ihrer Eigenschaft als Staatsbürger mit politischen Rechten nicht beraubt. Meinungs- und Demonstrationenfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung usw. scheinen nicht damit gemeint zu sein. Da es schon bei diesen Vorzeigebispielen für Demokratie in der Bundeswehr eher schlecht aussieht, liegt die Vermutung nicht fern, dass es auch ansonsten mit der Demokratie in der Bundeswehr nicht weit her ist. Gelöbnisse zum Beispiel sind Ausdruck einer Tradition, die vordemokratischen Zeiten entstammt. Sie symbolisieren den militärischen Drill, die Entmündigung sowie die Ein- und Unterordnung des Einzelnen unter das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Die Rekruten sind in dieser undemokratischen Zeremonie sichtbar ihrer Persönlichkeit beraubt. Das gleichgeschaltete Marschieren und Stillstehen der Rekruten, das monotone Nachsprechen

der Gelöbnisformel, die exakte Befolgung der Befehle stehen für Unmündigkeit und Gleichschaltung. Eine Zeremonie, die den Grundwerten einer demokratischen und zivilen Gesellschaft entgegensteht. Offensichtlich ist das jedoch nicht genug, solchen Filetanz aus der angeblich demokratischen Bundeswehr zu verbannen. Dazu kommt noch die umgekehrte Wirkung: Diejenigen, die in der Bundeswehr antidemokratisches Verhalten eingeübt haben, kehren nach dem Wehrdienst wieder ins zivile Leben zurück. So prägt die Bundeswehr über die Wehrpflicht die Gesellschaft.

Tradition und Traditionspflege in der Bundeswehr

Während nach dem Zweiten Weltkrieg die Städte noch von Trümmern und Kriegsinvaliden geprägt waren und die Bevölkerung mehrheitlich die Forderung "Nie wieder Krieg!" unter dem Zeichen "begonnen deutsche Politiker schon wieder, die Möglichkeit einer Remilitarisierung der Bundesrepublik ins Auge zu fassen. Ebenso, wie in der Wirtschaft, dem Staatsapparat und der Justiz die alten Kräfte wieder tätig wurden, konnte auch die neue Armee nur mit ehemaligen Nazis aufgebaut werden, die in der Wehrmacht dem "Dritten Reich" bis zu zuletzt treu gedient hatten. Schon die ersten Berater der Bundesregierung in militärischen Fragen waren zuvor hohe Offiziere der Wehrmacht gewesen.

Wie viele alte Wehrmachtsoffiziere am Aufbau der Bundeswehr beteiligt waren, soll eine Betrachtung der ersten Bundeswehrführung unter dem ersten Bundesverteidigungsminister Theodor Blank (vor 1945 Oberleutnant der Nazivwehrmacht) zeigen: sämtliche der sieben Abteilungen wurden von Obersten und Generalen der faschistischen Wehrmacht geleitet. Unnötig zu sagen, dass kein einziger von ihnen für seine Beteiligung am Vernichtungskrieg belangt worden ist. Noch 1958 stammten 12.000 Offiziere der Bundeswehr aus der Wehrmacht, 1965 waren noch die Hälfte der Generale und Admirale der Bundeswehr ehemalige Generalstabsoffiziere der Wehrmacht. Das war kein Zufall, das war gewollt. Im Wehrpflichtgesetz von 1956 stand in § 36, dass Soldaten entsprechend ihrer früheren Dienstgrade in der Wehrmacht zur Bundeswehr eingezogen werden. Natürlich wollte man beim Aufbau der Bundeswehr auf "militärisches fachliches Können in der Vergangenheit zurückgreifen" wie es § 54 desselben Gesetzes besagte. Die Nazigeneräle stellten sogar Bedingungen für ihre Mithilfe beim Aufbau der Bundeswehr, und die Bundesregierung ging darauf ein. So wurde - noch bevor der erste Soldat der Bundeswehr seinen Dienst antrat - die Ehre der Soldaten der Wehrmacht wiederhergestellt, die Kriegsverbrecher amnestiert und die größtenteils rechtsextremisti-

schen Traditionsverbände wieder zugelassen. So war es wohl kaum ein Zufall, dass Kasernen und Kriegsschiffe nach alten Wehrmachtsoffizieren benannt wurden, alte faschistische Lieder in den Gesangsbüchern der Bundeswehr auftauchten oder ein Portrait von Hermann Göring im Offizierskasino eines Luftwaffengeschwaders aufgehängt wurde. Noch heute gehört für viele Bundeswehrangehörige die Wehrmacht zu ihrer Tradition, auf die sie stolz sind. Die Verbrechen der Wehrmacht werden Hitler zugeschoben, die einzelnen Soldaten, die sie ausführten, meist sogar auch die Generale seien unschuldig und hätten nur ihre Pflicht getan. Am Ende steht das Bild vom "unpolitischen Soldaten", der nur seinem Handwerk nachging. Eine wahrhaft demokratische Tradition!

Die neue alte Bundeswehr

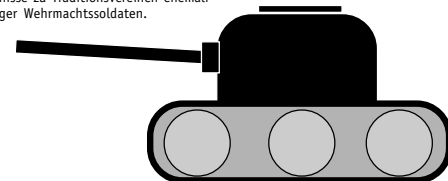
Nach dem Regierungswechsel fährt der neue Kriegsminister Scharping einen Zickzackkurs. Gelöbnisse sollen wieder ins öffentliche Rampenlicht - aber verknüpft mit "antifaschistischen Daten" wie dem 20. Juli. Kasernenamen sollen revidiert werden, allerdings nur in Abstimmung mit den Kommunen vor Ort. Zur "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" hat der Minister den Kontakt abgebrochen - zu offensichtlich waren ihre Verbindungen zu rechtsextremistischen Vereinen. Gleichzeitig wird jedoch öffentlich über die Einführung einer neuen Tapferkeitsauszeichnung nachgedacht. "Man muss über die Schaffung einer deutschen Tapferkeitsauszeichnung nachdenken. (...) Das Eiserne Kreuz als Tapferkeitsauszeichnung hat eine gute Tradition in Deutschland seit den Befreiungskriegen" (NATO-General und Bundeswehrinspektor a.D. Naumann, 1999). Kritischen Militärhistorikern, wie Detlef Bald, werden Lehraufträge an der Bundeswehrhochschule entzogen. Und natürlich distanzierte sich auch die neue Bundeswehrführung von der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht", die nichts weiter zeigte, als dass die Wehrmacht Kriegsverbrechen begangen hat. Auch wenn Rudolf Scharping die Überprüfung der Kasernenamen angeordnet hat, heißen sie immer noch nach Nazisoldaten oder tragen reynachistische Namen wie Ostpreußenkasernen. Eine vollständige Aufzählung würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Wenn Kasernen nicht "Brandenburg-Kaserne" o.ä. heißen, tragen sie die Namen von Wehrmachtssoldaten oder imperialistischen Eroberern der Kolonialzeit vor 1918. Ein weiteres Beispiel für die "fortschrittliche und demokratische" Traditionspflege bei der Bundeswehr sind die Traditionskabinette, die es in jeder Kaserne gibt. Oftmals findet man dort noch die Reichskriegsflagge, ein inzwischen in verschiedenen Bundesländern

verbotenes neofaschistisches Symbol. Auch Hakenkreuze werden dort vielfach ausgestellt, natürlich nur, um zur "Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der politischen und historischen Bildung" zu dienen, wie es der Traditionserrat der Bundeswehr ausdrückt.

In vielen Kasernen unterhalten die Soldaten freundschaftliche Verhältnisse zu Traditionsvereinen ehemaliger Wehrmachtssoldaten.

Angesichts dieser Tradition und Gegenwart der Bundeswehr ist es nicht verwunderlich, dass es immer wieder zu "rechtsextremen Einzelfällen" kommt, denn diese gehören genauso zur Bundeswehr wie das "Eiserne Kreuz", das ihr Symbol ist.

■ Marek Voigt



In einer Woche die Welt ordnen - so wie sie schon immer war.

„Tut mir einen einzigen Gefallen, glaubt nicht, daß die Welt gut ist.“ - O-Ton eines Jugendoffiziers im September 1994 vor SchülerInnen der 12. Jahrgangsstufe in einer Bundeswehrekaserne in Schleswig-Holstein.

Seit einigen Jahren veranstaltet die Bundeswehr einwöchige Fahrten mit Schülerinnen und Schülern in eine Kaserne, um dort Politik und Internationale Sicherheit zu spielen. Das interaktive Spiel „Politik und Internationale Sicherheit“ (POL&IS) läßt die TeilnehmerInnen die Regierenden der Welt spielen. Ziel ist es, auftretende internationale Konflikte im Interesse der jeweiligen Nation zu meistern - ganz wie im richtigen Leben. Diese Fahrten sind mittlerweile wichtiger Bestandteil des Politikunterrichts geworden und haben laut Eigenwerbung nur insofern mit der BW zu tun, als dass diese alles bezahlt.

Einmal in der Kaserne angekommen, gibt es kein Zurück: Verlassen wird diese nur in einem BW-Bus, die Wachmänner sind „unbestechlich“, geweckt wird morgens um sechs, ins Bett zu gehen hat man gefälligst um 22 Uhr, danach herrscht „Zimmerlautstärke“. Ausgeschlafen muss man auch sein, wenn man an den folgenden Tagen mit klarem Kopf die Welt, aufgeteilt in 11 Regionen, zu verwalten versucht. Jeder Region gehören vier Leute an, die sich die Bereiche Politik, Opposition, Wirtschaft und Militär aufteilen. Jede Region besitzt an die Verhältnisse der „realen Welt“ angepasste Möglichkeiten und Voraussetzungen zum Handeln. So verwundert es dann nicht, dass Afrika und Asien, was auch immer sie tun, am Ende des Spiels am Verhungern sind und Nordamerika seine Vormachtstellung ausbauen konnte. Alternative Handlungsspielräume existieren nicht, die Regeln sind eindeutig festgelegt. Während des Spiels werden die SchülerInnen mit Filmen und Wortbeiträgen der Jugendoffiziere auf die Unappetitlichkeit von Kriegen hingewiesen, aber gleichzeitig wird festgelegt, dass der Mensch nun mal des Menschen Wolf sei, Pazifisten ohne Idealisten sind und man auch im Spiel nicht darum herumkommt einen Krieg zu führen.

In Spielpausen sollen in „Diskussionsrunden“ mit angehenden Offizieren die letzten vielleicht vorhandenen Vorbehalte gegenüber der Bundeswehr abgebaut werden: seht nur, ich habe hier einen Ausbildungsplatz bekommen - ich kann einen LKW-Führerschein machen - wir werden hier nicht aufs Töten getrimmt, sondern stehen an der Landebahn. Der Hinweis auf die wirtschaftliche Bedeutung der Bundeswehr darf natürlich auch nicht fehlen. Nach der Woche ist jedenfalls allen klar, dass die Geschehnisse der Welt nicht verändert werden können und die Bundeswehr eine „dufte Truppe“ ist.

■ Annett Mängel

Jagt die Armee aus allen Schulen!

Neben groß angelegten Medienkampagnen verfährt die Bundeswehr insbesondere an Schulen nach dem Motto „Überzeugung durch Sympathieträger“. Eigens dafür ausgebildete und geschulte Zeitsoldaten betreiben als Jugendoffiziere unter dem Deckmantel „Politische Bildungsarbeit“ ihre militaristische Propaganda.

Die Jugendoffiziere selbst verstehen sich als die kritischen Geister in der Bundeswehr, womit sie deren Demokratiefähigkeit verdeutlichen sollen. In intensiven Rhetorikseminaren lernen sie, QuerdenkerInnen den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie in vielen kleinen Punkten den DiskussionspartnerInnen recht geben und sich selbst als Beispiel dafür hinstellen, dass es ja auch anders geht.

Sie erscheinen in der Schule durchweg in ihrer schicksten Ausgehuniform und mimen so den lieben Soldaten zum Anfassen. Ihre Aufgabe ist es, sich selbst und damit auch die Bundeswehr als Institution als sympathisch darzustellen, weswegen sie auch immer lang und breit ihren persönlichen Werdegang hin zur und in der Bundeswehr ausbreiten. Mit Hilfe dieser menschenleeren Art lässt sich ein Manöver leicht zum weichgezeichneten Action-Erlebnis stilisieren, mit dem man ganz nebenbei auch noch für Frieden und Sicherheit in der Welt sorgt.

Um dem etwas entgegenzusetzen, solltet ihr euch bereits bevor einer an eure Schule kommt überlegen, welche Argumente der Jugendoffizier hervorbringen könnte und wie ihr darauf reagiert. Legt euch zudem eure

starken Argumente zurecht und tragt diese auch dementsprechend vor. Bereitet euch auch darauf vor, dass der junge Mann auf kritische Fragen fast immer ausweichend antwortet. Da hilft nur mehrmaliges Nachhaken, denn sonst spult er sein Pensum einfach herunter. Die Vorbereitung im Vorfeld könnt ihr auch durch eine antimilitaristische Wandzeitung, das Vorführen eines Anti-Kriegs-Films oder einen Infotisch vorantreiben und begleiten. Generell hilfreich ist es, mit antimilitaristischen Materialien aufwarten zu können; am besten natürlich mit einem eigenen Flugblatt (Hilfe dabei könnt ihr z.B. bei uns erhalten). Ihr könnt auch als Gruppe mit „Soldaten sind Mörder“-T-Shirts an der Diskussion teilnehmen. Besonders freuen sich Jugendoffiziere über Plakate mit selbiger Aufschrift neben dem Schuleingang. Aber nicht erwischen lassen!

Ihr könnt auch Spuckis kleben oder einen Sketch aufführen, um die Bundeswehr bloßzustellen. Wichtig ist es zudem, dass ihr dem Jugendoffizier, wenn möglich, das Feld nicht allein überlasst. Wenn ihr ihm eine rhetorisch und inhaltlich fitte AntimilitaristIn gegenüberstellen wollt, könnt ihr euch gern an uns wenden. Es gibt also jede Menge Möglichkeiten der Bundeswehrpropaganda Einhalt zu gebieten. Lasst euch etwas einfallen und weist der Bundeswehr ihren Weg: raus aus den Schulen.

■ Alexander Darkow



JungdemokratInnen / Junge Linke

parteiunabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselevoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig.

konsequent außerparlamentarisch

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen im Gegensatz zur herrschenden Ideologie - keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluss begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

für radikale Demokratie

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

für Emanzipation

JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

Coupon

- Ich will mehr über Euch wissen!
- Schickt mir nähere Infos zu euren Seminaren!
- Ich will aktiv werden!
- Jugendoffizier an meiner Schule! (Dann lieber anrufen!)
- Schickt mir doch weitere Informationen zum Thema:

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ, Wohnort: _____
 Telefon: _____ Tätigkeit: _____
 e-mail: _____ Alter: _____

Ausschneiden und senden an:

JungdemokratInnen / Junge Linke

Berlin & Brandenburg
 Rosa-Luxemburg-Str. 19, 10178 Berlin,
 Fon: (030) 24 72 97 47
 Fax: (030) 23 45 96 26
 e-mail: info@jungdemokraten.de
 www.jungdemokraten.de



Impressum:

Diese Zeitung wird herausgegeben von den **JungdemokratInnen / Junge Linke** Landesverbände Berlin & Brandenburg Rosa-Luxemburg-Str. 19 10178 Berlin Fon: (030) 24 72 97 47 Fax: (030) 23 45 96 26 info@jungdemokraten.de www.jungdemokraten.de

Redaktion

Marek Voigt (V.i.S.d.P.), Viviane Flügge, Susanne Braun, Daniel Bellert, Julian Voigt, Alexander Darkow, Vera Wallrodt.

„Gestaltung“

Knaust & Oik

Auflage

25.000 Exemplare